

FNB Gas - Stellungnahme

zur Festlegung in Sachen Wasserstoff
Kapazitäten Grundmodell und Abwicklung des
Netzzugangs (WaKandA)

(Az: BK7-24-01-015)

Über FNB Gas:

FNB Gas e.V. ist der Zusammenschluss der überregionalen deutschen Fernleitungsnetzbetreiber. Seine Mitglieder betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz für den Transport von Erdgas und errichten gemeinsam das rund 9.000 Kilometer lange Wasserstoff-Kernnetz. Die Vereinigung unterstützt ihre Mitglieder bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen und regulatorischen Verpflichtungen. Zudem koordiniert sie die integrierte Netzentwicklungsplanung für Gas und Wasserstoff auf der Transportnetzebene. Darüber hinaus tritt die Vereinigung für die aktive Förderung eines sicheren, wirtschaftlichen, umweltgerechten und klimafreundlichen Betriebs der Gastransportinfrastruktur sowie für ihre kontinuierliche Weiterentwicklung an die Bedarfe des zukünftigen Energiesystems ein.

Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, NaTran Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH.

Tenorziffer 1 Entry-Exit-System Wasserstoff

Die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) begrüßen, dass die Bundesnetzagentur (BNetzA) mit WaKandA einen wesentlichen Baustein für die Entwicklung des Wasserstoffmarktdesigns für Deutschland festlegen wird. Es ist unbestritten, dass der Hochlauf allein aus rein technischen Realitäten heraus (die H₂-Infrastruktur muss zunächst geschaffen werden) zunächst in Clustern stattfinden wird, die im fortschreitenden Hochlauf zu größeren Einheiten zusammenwachsen werden: Die Entwicklung verläuft über getrennte Cluster zum Zusammenschluss mehrerer Cluster und letztlich zum deutschlandweiten Marktgebiet. Dass die in WaKandA und WasABi festzulegenden regulatorischen Vorgaben zunächst auf Cluster-Ebene anzuwenden sind, ist unstrittig. Diesem Verständnis folgend, sollte die Verpflichtung sich auf den Aufbau von Clustern als Entry-/Exit-Systeme beziehen mit dem Ziel, ein deutschlandweites Marktgebiet zu bilden. Mit diesem Ansatz wird sichergestellt, dass alle Regelungen des deutschlandweiten Marktgebietes von Beginn an in den jeweiligen Clustern angewendet werden und somit keine Anpassungen der Regelungen mehr notwendig sind.

Die BNetzA wählt mit Tenorziffer 1 einen anderen Weg – Verpflichtung zur Bildung eines deutschlandweiten Marktgebietes – und erwähnt in Randziffer (3), dass das deutschlandweite Marktgebiet zu Beginn auch mehrere nicht miteinander verbundene Netze oder Teilnetze aufweisen kann. Dies führt in WaKandA und WasABi zu Inkonsistenzen und unklaren Regeln, indem bei einem Teil der Regelungen richtigerweise darauf verwiesen wird, dass diese auch in den Clustern gelten, bei einem anderen Teil der Regelungen, für die dieser Zusammenhang ebenfalls besteht, aber nicht.

Daher empfehlen die FNB, die Wasserstofftransportnetzbetreiber (WTNB) zur Bildung von Entry/Exit-Systemen auf Clusterebene zu verpflichten, welche sukzessive mit der Fertigstellung von ausreichenden Verbindungskapazitäten zwischen verschiedenen Clustern zu einem deutschlandweiten Marktgebiet zusammengeführt werden. Dies entspricht auch der Definition von „Entry-Exit-System Wasserstoff“ in § 28n Abs. 1 Satz 4 EnWG, nach der bei dauerhaften Engpässen auf das Teilnetz abgestellt wird.

Tenorziffer 2 Ein- und Ausspeiseverträge für Netzzugang

Tenorziffer 2 lit. d) Satz 2 sollte nicht als abschließende Liste missverstanden werden. Die FNB schlagen vor, die Regelung analog der Begründung in WaKandA (Randziffer 7) hier direkt im Tenor zu ergänzen: Neben der Registrierung sollten die Wasserstoffnetzbetreiber (WNB) die Erfüllung weiterer Zulassungsvoraussetzungen vom Transportkunden verlangen können.

Die FNB stellen weiter fest, dass die Regelung in Tenorziffer 2 lit. d) Satz 3 als "Soll"-Regelung ausgestaltet ist, was von der ähnlich lautenden Regelung im Konsultationsentwurf KARLA Gas 2.0 im Erdgas abweicht. Zudem steht dem entgegen, dass die BNetzA in der Begründung (Randziffer 7) schreibt, dass die one-stop-shop Registrierung als „Möglichkeit“ vorgesehen ist. Die FNB schlagen daher vor, die Regelung auch in der Tenorziffer als „Kann“-Regelung auszugestalten.

Tenorziffer 3 Kapazitätsprodukte

Die FNB begrüßen, dass die Beschlusskammer die Produkte FWK und UWK entsprechend den Kapazitätsprodukten im Erdgasbereich nach der KASPAR-Festlegung definiert. Bei der Definition der UWK sollte allerdings die Formulierung „desselben Marktgebiets“ entsprechend der FWK in „des Marktgebiets“ korrigiert werden, da es nach Tenorziffer 1 nur ein Marktgebiet geben soll. Die FNB halten aktuell weitere Kapazitätsprodukte nicht für erforderlich, können jedoch nicht ausschließen, dass ein solcher Bedarf später entsteht. Hier ist insbesondere zu berücksichtigen, dass bei der Modellierung des Kernnetzes ein netzdienlicher Einsatz von Kapazitäten an Speichereinrichtungen unterstellt wurde, eine davon abweichende Nutzung damit zu einer ungeeigneten Allokation von Flexibilitäten an diesen Punkten und so für alle Marktteilnehmer zu Engpässen führen kann.

Sollte den Anmerkungen zu Tenorziffer 1 nicht gefolgt werden und es damit dabei bleiben, dass nicht die Cluster als Entry/Exit-Systeme gelten, so wird die Möglichkeit, die FWK auf ein Cluster zu beschränken, ausdrücklich begrüßt. Dabei sollte die Beschränkung der Festigkeit allerdings stets auf genau ein und nicht mehrere Cluster erfolgen, um erstens eine unnötige Produktvielfalt auszuschließen und zweitens eine Konkurrenz zu dem in Tenorziffer 3 lit. a) sublit. cc) beschriebenen Modell für den clusterübergreifenden Transport zu vermeiden, welche die Komplexität der Abwicklung noch deutlich erhöhen würde. Zudem sollten die Cluster durch die WTNB definiert werden, denn in der Regel bieten nur diese durch ihre überregionalen Netze die entsprechende Struktur, um ein Cluster und später das Marktgebiet netzbetreiberübergreifend aufzuspannen.

Die FNB begrüßen in diesem Zusammenhang auch, dass die Beschlusskammer Abstand von den in der Einleitungsverfügung skizzierten Optionen zum clusterübergreifenden Transport genommen hat und nunmehr eine Abwicklung über Bilanzkreise und auf fester Basis vorsieht. Die FNB gehen davon aus, dass das von ihnen vorgeschlagene BK-Clusteraustausch-Modell mit WaKandA kompatibel ist. Zur Entwicklung eines geeigneten Verfahrens sollten die WTNB als marktgebietsaufspannende Netzbetreiber verpflichtet werden. Eine Veröffentlichung eines geeigneten Verfahrens für den clusterübergreifenden Transport innerhalb von drei Monaten nach Erlass der Festlegung ist grundsätzlich möglich. Die FNB empfehlen jedoch, die Frist zur Veröffentlichung ebenfalls an den Zeitplan zur Kooperationsvereinbarung (KoV)-Erstellung (s. Kommentierung zu Tenorziffern 8 und 10 WaKandA) zu knüpfen, sodass das Konzept unter Einbeziehung der Wasserstoffverteilnetzbetreiber und Netznutzer erfolgen kann. Eine Umsetzung vor Finalisierung der KoV wäre analog der Begründung zu Tenorziffer 8 nicht zielführend.

Die Möglichkeit, das Kapazitätsprodukt auf ein Cluster zu beschränken, sollte nicht nur für FWK sowie den VHP (vgl. Tenorziffer 7 von WasABi), sondern konsequenterweise auch für die UWK gelten. Anderenfalls müsste für die UWK ein deutschlandweiter Bilanzkreis ermöglicht werden, wogegen FWK zwingend in clusterscharfe Bilanzkreise einzubringen wäre, denn ansonsten ließe sich die Beschränkung der FWK bzw. des VHP-Zugangs nicht durchgängig überprüfen. Wie anderenfalls Transporte unter Nutzung der UWK nachrangig zu FWK, festen clusterübergreifenden Transporten und ggf. im Verhältnis zu in Cluster genutzter UWK abzuwickeln wäre, ist unklar. Zudem dürfte die Unterbrechungswahrscheinlichkeit und damit der

Wert der UWK für den Transportkunden nicht einzuschätzen sein bzw. müsste im Extremfall immer bei 100% liegen. Sowohl FWK als auch UWK als auch VHP-Zugang würden bei einer konsequenten Beschränkungsmöglichkeit auf Cluster bei einer Clusterzusammenlegung automatisch „mitwachsen“, gebuchte Kapazitäten könnten also ohne Notwendigkeit einer Umstellung automatisch für ein größeres Cluster genutzt werden. Damit sind keine Prozesse entsprechend der Marktgebietszusammenlegung im Erdgasbereich zu erwarten.

Schließlich begrüßen die FNB auch die ausdrücklich vorgesehene nachrangige Vermarktung der UWK gegenüber der FWK.

Tenziffer 4 Vorgaben für das Kapazitätsangebot

In Tenziffer 4 lit. c) sublit. aa) werden WNB dazu verpflichtet, mindestens 10% der an jedem Ein- und Ausspeisepunkt vorhandenen technischen Kapazitäten für Kurzfristprodukte zurückzuhalten (Ausnahme Tenziffer 4 lit. c) sublit. dd)). In Tenziffer 4 lit. c) sublit. cc) werden WNB darüber hinaus dazu verpflichtet, die nicht vermarkteten Jahreskapazitätsprodukte als Monats- oder Tageskapazitätsprodukte anzubieten.

Grundsätzlich gilt:

Die umfassende Strukturierungsflexibilität, die sich für die Transportkunden aus Tenziffer 4 lit. c) sublit. cc) ergeben würde, im Extremfall auch nur Kurzfristprodukte buchen zu können, wird sich negativ auf den Ausgleich des Amortisationskontos (AMK) auswirken, sofern nicht an anderer Stelle gegengesteuert wird. Die regulatorischen Stellschrauben sind dabei: der Umfang der Kurzfristvermarktung, die Höhe der Multiplikatoren für Kurzfristprodukte, die Höhe potenzieller Rabatte sowie die Höhe des Hochlaufentgeltes. Wird der Erlösbeitrag eines der vorgenannten Faktoren abgesenkt, muss der Erlösbeitrag der anderen Faktoren erhöht werden. Im Ergebnis geht es immer um die Verteilung der genehmigten Kosten der WNB auf die Transportkunden. Wenn sich also ein Transportkunde durch Kurzfristbuchungen optimiert, muss dies durch andere Transportkunden aufgefangen werden.

FNB-Analyse:

Um das Wirkpotential umfangreicher Strukturierungsmöglichkeiten aufzuzeigen, haben die FNB verschiedene Analysen durchgeführt. Würde der regulatorische Rahmen z. B. für Kraftwerke volle Flexibilität bei den Kurzfristbuchungen ermöglichen und bei den anderen Punktarten Jahresbuchungen unterstellt werden sowie keine Rabatte gewähren, müsste zum Ausgleich des AMK bis 2055 (wie im EnWG verpflichtend vorgesehen) für Tagesprodukte ein Multiplikator angesetzt werden, der um ein Vielfaches höher liegen würde als aus dem Erdgasbereich bekannt. Selbst wenn man als gegenläufigen Effekt das Hochlaufentgelt deutlich erhöht, würde der Multiplikator immer noch zweistellig sein müssen.

Das von den FNB in der ersten Konsultation vorgeschlagene Modell der „festen Laufzeit-Töpfe“ würde das gezeigte Dilemma lösen. Ein Modell mit 90% Jahreskapazitäts- und 10% Kurzfristkapazitätsprodukten ohne die Regelung gem. Tenziffer 4 lit. c) sublit. cc), dass nicht vermarktete Jahreskapazitäten als Monats- und Tageskapazitätsprodukte anzubieten sind, wäre aus AMK-Sicht das am besten geeignete System für die Hochlaufphase. Das Modell der festen Laufzeit-Töpfe berücksichtigt dabei sowohl die Anforderungen des Netzentgelts- wie auch des Netzzugangs-Regimes: Minimierung des AMK-Risikos bei gleichzeitigem Angebot von Kurzfristkapazitätsprodukten. Eine unterjährige Inbetriebnahme einer Wasserstoff-Anlage auf

der Entry- oder Exitseite könnte in diesem Modell durch Einführung eines einmaligen Rumpfbjahres (Rest of year) ebenfalls berücksichtigt werden. Mit voranschreitender Marktentwicklung ist eine weitere Flexibilisierung der Buchungsmöglichkeiten denkbar.

Zu 4 e) ff):

Die FNB begrüßen, dass zu Beginn an allen Punkten mit dem Vergabeverfahren FCFS-Verfahren zu starten ist. Hierdurch wird zum einen Komplexität vermieden und zum anderen maximale Flexibilität für die Marktteilnehmer ermöglicht. Da im Hochlauf keine Engpässe zu erwarten sind, entfällt damit die Notwendigkeit, Engpässe per Auktion aufzulösen.

Zu 4 e) hh): Vorschlag für Stellungnahme

Die grundsätzliche Überlegung, bei einer höheren Auslastung des Netzes den Zuweisungsmechanismus von FCFS auf Auktion zu ändern, ist nachvollziehbar. Jedoch geben die FNB zu bedenken, dass die genannte Bezugsgröße von 80% der festen Kapazität an einem Buchungspunkt voraussetzen würde, dass schon jetzt das geplante, szenariobasierte Kapazitätsgerüst des Kernnetzes auf die noch ungewissen Entry- und Exitpunkte verteilt werden kann. Dieser Top-Down-Ansatz ist weder marktgerecht noch effizient. Vielmehr sollte das Kapazitätspotenzial in einem Cluster bedarfsgerecht vermarktet werden. Hierdurch entstehen für die Zukunft bei der Umstellung auf Auktionen Wechselwirkungen, deren Tragweite zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bewertet werden kann. Mit diesem Vorgehen können z. B. nicht nur an einzelnen Punkten bzw. Punktarten, sondern auch innerhalb eines Clusters mit unterschiedlichen Punkten bzw. Punktarten Konkurrenzsituationen resultieren. Darüber hinaus muss geklärt werden, wie mit Auktionen bei Clusterzusammenlegungen umgegangen wird, da sich hierdurch das Kapazitätsangebot und damit die Ausbuchung bezogen auf den Ausbuchungsgrad (gem. Tenorziffer 4 lit. e) sublit. hh) Nr. (2)) von 80% ändert.

Daher begrüßen die FNB die unter Tenorziffer 4 lit. e) sublit. hh) Nr. (1) genannte laufende Überwachung, empfehlen jedoch, die Regelungen in Tenorziffer 4 lit. e) sublit. hh) Nr. (2) bis (4) aus o. g. Gründen zum jetzigen Zeitpunkt aus der Festlegung zu streichen und so dem Markthochlauf und den Akteuren die notwendige Flexibilität einzuräumen. Die Ergebnisse der laufenden Überwachung sollten in dem jährlichen Bericht gemäß Tenorziffer 9 lit. c) zusammengefasst werden. Erst dann, wenn die jährliche Berichterstattung darauf hindeutet, dass es nachhaltig zu Engpässen kommen wird, sollte die Zuweisungsmethode an den betroffenen Punkten durch Anpassung der Festlegung auf Auktion umgestellt werden. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Es sollte keine Unterscheidung anhand der Laufzeit erfolgen und immer der gesamte Buchungspunkt umgestellt werden.
- Es sollte das Auktionsverfahren der einstufigen Preisauktion („uniform price auction“) gewählt werden.
- Für die Umstellung von FCFS auf Auktion sollte eine angemessene Mindestvorlaufzeit (mindestens ein Monat) gewährt werden.
- Die Kapazitätsvergabe an Einspeisepunkten aus Wasserstoffterminals über eine Auktion sollte überdacht werden. Analog zu der aktuell laufenden Diskussion im Erdgas zu Einspeisepunkten aus LNG-Anlagen kann die Kapazitätsvergabe per Auktion die Nutzer der Wasserstoffterminals hinsichtlich flexibler Buchungszeiträume und flexibler Vergabezeiten einschränken.

- Die WTNB sollten zunächst eine Methodik entwickeln, welche unter Berücksichtigung der Kapazitätsplanung und Clusterphase einen aussagekräftigen Ausbuchungsgrad ermittelt, auf dessen Basis dann die Zuweisungsmethode gewechselt werden kann.

Tenziffer 5 Vorgaben für das Nominierungsverfahren

Im Wasserstoffmarkt wird es bei weitem nicht den Umfang an Netzpuffer und Flexibilitätsquellen geben, wie sie aus dem CH₄-Markt bekannt sind. Insbesondere zu Beginn des Wasserstoffmarkthochlaufs werden Ein- und Ausspeisungen sehr eng beieinander liegen müssen, um das System stabil halten zu können. Damit kommt allen Marktteilnehmern eine hohe Verantwortung für die Versorgungssicherheit zu. Jeder Marktteilnehmer muss durch die ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen sicherstellen, dass sein Bilanzkreis möglichst ausgeglichen ist und damit zugleich der bilanzielle Gesamtnetzzustand in der grünen Zone liegt. Gemäß Tenziffer 5 schlägt die BNetzA an folgenden Punkten eine Nominierungspflicht und nach Tenziffer 2 lit. b) sublit. aa) WasABi die Allokation nach dem Prinzip „allokiert wie nominiert“ vor:

- bei der Einspeisung in und Ausspeisung aus einer Speicheranlage
- bei der Überspeisung aus einem oder in einen angrenzenden Staat
- bei der Einspeisung aus inländischen Produktionsanlagen
- bei der Einspeisung aus H₂-Terminals
- bei der Buchung von Kapazität an demselben Ausspeisepunkt durch mehrere Transportkunden, sofern dieser Ausspeisepunkt unterschiedlichen Bilanzkreisen zugeordnet ist.

Zu den Vorschlägen nehmen die FNB wie folgt Stellung:

Beim Allokationsverfahren „allokiert wie nominiert“ muss bei nicht-einvernehmlicher Überschreitung der OBA-Grenzen eine Fallback-Lösung möglich sein, um Versorgungsunterbrechungen zu vermeiden. Hierbei sind verschiedene Varianten denkbar, die im Detail zu bewerten wären. Ein Wechsel des Allokationsverfahrens beispielsweise auf pro-rata wäre für alle beteiligten Marktakteure (Speicherbetreiber, Bilanzkreisverantwortliche (BKV), WNB) sehr herausfordernd.

Einspeisung in und Ausspeisung aus einer Speicheranlage: Bzgl. des Allokationsverfahrens an Speichern sind folgende Anforderungen essentiell:

- Um als schnell einsatzbereite Flexibilitätsquelle agieren zu können, sind technische Reaktionszeiten auf Seiten der Speicher notwendig, die kürzer als im Erdgasmarkt sind. Hier müssen den Speicherbetreibern klare Anreize gegeben werden, in eine technische Flexibilisierung oder z. B. die Umsetzung eines Systemspeicher-Ansatzes zu investieren.
- Die Rahmenbedingungen für das Allokationsverfahren sind so auszugestalten, dass die Speicherfahrweise der Physik entspricht. Das heißt, dass Mengenflüsse in den Speicher sowie aus dem Speicher heraus in das Transportnetz immer einen direkten physischen Effekt haben müssen. Eine rein bilanzielle Abwicklung der Wünsche der Speicherkunden durch den Speicherbetreiber zu Lasten des Netzpuffers bzw. zu Lasten von Regenergie sowie zu Lasten der grünen Zone und damit zu Lasten aller BKV lehnen die FNB aus Versorgungssicherheits- und Systemstabilitätsgründen strikt ab.

Dies vorangestellt ergeben sich folgende Möglichkeiten:

„Allokiert wie gemessen“: Die Fahrweise der Speicher dürfte damit eng an der Physik liegen und wird unmittelbar über die Viertelstundenwerte in der Bilanzierung abgebildet. Das Verfahren setzt voraus, dass der Speicherbetreiber die Rolle des Transportkunden am Speicherpunkt übernimmt (alleinig Buchender) und einen eigenen Bilanzkreis einrichtet, der dann für die Abwicklung am VHP mit den Speicherkunden genutzt wird. Damit hat der Speicherbetreiber ein unmittelbares kommerzielles Interesse und damit einen starken Anreiz, dass Abweichungen zwischen Nominierungen seiner Kunden und der physischen Ein-/Auslagerung möglichst gering gehalten werden.

„Allokiert wie nominiert“: Der Speicherpunkt kann durch mehr als einen Transportkunden gebucht werden. Der Speicherbetreiber muss keinen eigenen Bilanzkreis einrichten und nicht die Transportkapazität beim Netzbetreiber buchen. Das OBA, welches zwischen dem Netzbetreiber und dem Speicherbetreiber einzurichten ist, wird sehr engen und strikt einzuhaltenden Grenzen genügen müssen.

Flexibilität, die der Speicher seinen Kunden gewährt, darf nicht aus dem OBA gespeist werden. D. h., der Speicherbetreiber darf Ein- und Ausspeisewünsche seiner Kunden nur im Rahmen seiner physischen Möglichkeiten umsetzen. Wäre z. B. eine Flussumkehr des Speichers zur Umsetzung der Kundenwünsche in der nächsten Stunde notwendig, der Speicher benötigt für diese Flussumkehr aber eine Vorlaufzeit von 2 Stunden, dann muss der Speicherbetreiber die entsprechenden (Re-)Nominierungen ablehnen bzw. erst mit einem Vorlauf von 2 Stunden akzeptieren. Der Grundsatz „keine Flexibilität ohne physischen Effekt“ muss aus Systemstabilitätsgründen immer gewahrt werden. Ergänzend sei erwähnt, dass der zur Verfügung stehende Netzpuffer insbesondere zu Beginn des Markthochlaufs sehr begrenzt sein wird.

Grenzkopplungspunkte:

Die FNB unterstützen die Nominierungspflicht und das Allokationsverfahren „allokiert wie nominiert“ an Grenzkopplungspunkten (GÜP). Die GÜP werden durch die beteiligten Netzbetreiber auf Basis der Nominierungen der Transportkunden bzw. BKV gesteuert, was durch die Anwendung von Nominierungen am besten abgewickelt werden kann.

Mit Blick auf die Offshore-Wasserstoffpipelines im Kernnetz ist weiterhin anzumerken, dass die Auswirkungen des Festlegungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig absehbar sind. Beispielsweise ist es vorstellbar, dass Einspeisepunkte aus Offshore-Produktionsanlagen und/ oder für angrenzende Importleitungen aus Anrainerstaaten außerhalb des gemeinsamen deutschlandweiten Marktgebietes entstehen könnten, für welche die Regelungen zu Grenzkopplungspunkten, beispielsweise „allokiert wie nominiert“, nur bedingt anwendbar wären. Es muss daher sichergestellt sein, dass hinreichend Gestaltungsraum zur Umsetzung möglicher Besonderheiten des Offshore-Bereichs berücksichtigt werden.

Inländische Produktionsanlagen:

Die Einspeisepunkte aus Produktionsanlagen werden durch den Anlagenbetreiber gesteuert, was für das Allokationsverfahren „allokiert wie gemessen“ spricht. Hinzu kommt, dass Produktionsanlagen insbesondere zu Beginn eine wesentliche Flexibilitätsquelle für den Markt darstellen werden. Daher empfehlen die FNB das Allokationsverfahren „allokiert wie gemessen“. Ein „Mehrlieferantenmodell“ an einem gemessenen Punkt lehnen die FNB aus abwicklungstechnischen Gründen ab. Eine Abwicklung mit mehreren Lieferanten sollte am VHP erfolgen.

„Allokiert wie nominiert“ an diesen Punkten ist nicht zielführend. Zum einen, da die Einrichtung eines OBAs, um Steuerungsdifferenzen aufzunehmen, die ausschließlich vom Elektrolyseurbetreiber beeinflusst werden können, weder netz- noch marktdienlich ist. Zum anderen, da bei einer größeren zu erwartenden Anzahl von Einspeisepunkten aus inländischen Produktionsanlagen eine erhebliche Flexibilität in vielen kleinen OBAs gebunden werden würde. Hinzu kommt, dass durch das Allokationsverfahren „allokiert wie nominiert“ und den damit verbundenen operativen zeitlichen Aufwänden bzgl. z.B. Nominierung, Matching, Anwendung lesser of-Regel, diese Flexibilitätsquelle erst später Wirksamkeit entfalten kann als bei einem „allokiert wie gemessen“-Verfahren.

H2-Terminals:

Die Einspeisung aus H2-Terminals wird durch die Terminalbetreiber gesteuert, was für das Allokationsverfahren „allokiert wie gemessen“ spricht. Solange nur ein Transportkunde am Terminal die Transportkapazität bucht, ist dieses Verfahren zu bevorzugen. Sollte das Marktmodell der Terminalbetreiber vorsehen, dass mehrere Transportkunden Transportkapazität buchen, wäre das Allokationsverfahren „allokiert wie nominiert“ zu verwenden. Ein „Mehrliedantenmodell“ an einem gemessenen Punkt lehnen die FNB aus abwicklungstechnischen Gründen ab. Bei einem Modell mit mehreren Transportkunden sollte die Abwicklung durch den Terminalbetreiber am VHP erfolgen und der Einspeisepunkt dementsprechend nominiert werden. Zu Beginn des Markthochlauf gehen die FNB derzeit von einem Einlieferantenmodell aus und präferieren an diesen Punkten daher „allokiert wie gemessen“.

Ausspeisepunkte, die durch mehrere Transportkunden gebucht und unterschiedlichen Bilanzkreisen zugeordnet werden:

Nach dem Verständnis der FNB sind hier Buchungen an Letztverbraucher-Exits gemeint. Die FNB lehnen Buchungen durch mehrere Transportkunden sowie die Einbringung in mehrere Bilanzkreise an diesen Punkten ab. An diesen Punkten sollte das Verfahren „allokiert wie gemessen“ angewendet werden. Eine Abwicklung mit mehreren Lieferanten an einem Letztverbraucher-Exit sollte am VHP erfolgen.

Nach Tenorziffer 5 lit. c) müssen die Vorlaufzeiten die Erfüllung der an das Bilanzierungssystem gestellten Anforderungen aus WasABi erfüllen. Die FNB schlagen vor, die diesbezügliche Prozessgestaltung den betroffenen Marktakteuren in der Verhandlungsdelegation bei der Erarbeitung der KoV zu überlassen. Es müssen sowohl die Anforderungen seitens des Marktes als auch die Sicherstellung der Netzstabilität und Systemintegrität in Einklang gebracht werden. Bei Matchingprozessen müssen in der zeitlichen Abfolge neben der Vertragsprüfung auch Engpassprüfungen mit etwaigen Unterbrechungen abgebildet werden. An Grenzübergangspunkten müssen darüber hinaus die Anforderungen der angrenzenden Netzbetreiber berücksichtigt werden.

Tenziffer 6 Mengenanmeldungen

Der Grundsatz, dass an allen Punkten, für die keine Nominierung abgegeben wird, Mengenanmeldungen verlangt werden können, wird durch die FNB unterstützt. Sofern die BNetzA der Argumentation der FNB unter Tenorziffer 5 folgt, würde dies neben den Ausspeisepunkten zu Letztverbrauchern auch die Einspeisepunkte von Produktionsanlagen und

H2-Terminals sowie ggf. Ein- und Ausspeisepunkte an Speicheranlagen betreffen. Allerdings sollten folgende Anpassungen an Tenorziffer 6 vorgenommen werden:

- Die Mengenanmeldungen sollten nicht vom Anschlusskunden erfolgen. Mit diesem besteht in seiner Rolle als Anschlusskunde weder ein Ein- oder Ausspeisevertrag mit einem WNB noch ein Bilanzkreisvertrag mit dem Marktgebietsverantwortlichen (MGV). Entsprechend des Konstruktes bei der Nominierung sollte die Mengenanmeldung primär Aufgabe des Transportkunden sein, der damit – wie in Tenorziffer 6 lit. b) vorgesehen – einen Dritten (in der Regel den BKV) beauftragen kann.
- Für die Punkte, an denen „allokiert wie gemessen“ gilt, stellt die Mengenanmeldung in den ersten drei Viertelstunden der Saldierungsperiode Stunde eine wesentliche Information für die Prognose der nächsten vollen Stunde dar, da sie zum Auffüllen des Stundenwertes herangezogen wird. So wird die Prognose des Stundenwertes beispielsweise nach Vorliegen des ersten Viertelstundenwertes durch Rückgriff auf drei Viertel des Wertes der Mengenanmeldung für die jeweilige Stunde gebildet. Daher ist es erforderlich, dass ausnahmslos alle WNB Mengenanmeldungen verlangen. Damit wäre es sinnvoll, die Regelung in eine Verpflichtung des Transportkunden zur Abgabe der Mengenanmeldung zu ändern.
- Um eine Prognose nicht nur für die laufende Saldierungsperiode, sondern einen längeren Zeitraum zu ermöglichen, sollte der Transportkunde verpflichtet sein, sowohl Mengenanmeldungen als auch Nominierungen für den entsprechenden Zeitraum im Voraus abzugeben. Dies hilft auch den WNB bei der Planung der Netzfahrweise. Die FNB schlagen vor, dass die Werte für den nächsten vollen Kalendertag jeweils initial bis zu einem noch zu definierenden Zeitpunkt oder immer für die nächsten 24 Stunden abzugeben sind. Damit wäre es dem MGV möglich, den Gesamtnetzsaldo bis zu diesem Zeitpunkt für den Rest des laufenden Kalendertags sowie ab dem Zeitpunkt für den Rest des laufenden sowie den folgenden Kalendertag zu prognostizieren und zu veröffentlichen.
- Die FNB begrüßen ausdrücklich die Verpflichtung zur Abgabe der Mengenanmeldung nach den Regeln der gaswirtschaftlichen Sorgfalt gemäß Tenorziffer 6 lit. a) Satz 2. Eine entsprechende Verpflichtung sollte auch bei der Abgabe von Nominierungen gelten, denn auch diese sind wesentlich für die Planung der Netzfahrweise. Zudem wäre es hilfreich, wenn zumindest in der Begründung näher ausgeführt würde, was unter „gaswirtschaftlicher Sorgfalt“ zu verstehen ist. Nach dem Verständnis der FNB resultiert daraus die Verpflichtung zur Abgabe von Nominierungen und Mengenanmeldungen, welche die geplante stundengenaue Zeitreihe möglichst vorausschauend enthalten. Dazu hat der Transportkunde eine Prognose der entsprechenden Ein- und Ausspeisungen auf Basis vorliegender Daten bzw. mit vertretbarem Aufwand abgeleiteter Werte anzustellen. Ziel der gaswirtschaftlichen Sorgfalt ist dabei nicht nur, wie in der Begründung unter Randziffer. (43) seitens der BNetzA richtigerweise ausgeführt, den WNB eine Grundlage für die Planung der Netzfahrweise zur Verfügung zu stellen, sondern zugleich auch, Missbrauch zu vermeiden. So könnte ein Kunde etwa durch bewusst falsche Mengenanmeldungen Situationen hervorrufen, in denen Regelenergiebedarfe ausgelöst werden, die er ggf. selbst liefert, wobei er im weiteren Verlauf der Saldierungsperiode seinen Bilanzkreis durch einen von der Mengenanmeldung abweichenden Bezug des Letztverbrauchers in der Realität so stellt, dass er Helfer bzw. jedenfalls nicht Causer ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, im Wasserstoffbereich von Anfang an eine Regelung in Anlehnung an § 12 Ziffern 13 bis 15 Anlage 1 bzw. § 25b Anlage 4 KoV Gas in eine KoV Wasserstoff aufzunehmen.

- Zudem sind Mengenanmeldungen und Nominierungen bei neuen Informationen, die wesentliche Abweichungen erwarten lassen, innerhalb der Vorlauf Fristen unverzüglich anzupassen.

Tenziffer 7 Abwicklung des Netzzugangs

Tenziffer 7 lit. b) soll die Definition von Mindestanforderungen für Netzkopplungsverträge zwischen WNB deren Standardisierung ermöglichen. Die FNB stimmen dem zu. Die inhaltliche Ausgestaltung der Mindestanforderungen muss die Art der Netzkopplung widerspiegeln. Es sollte für die WNB die Möglichkeit bestehen, den Netzkopplungsvertrag hinsichtlich der Mindestanforderungen entsprechend anzupassen.

Tenziffer 7 lit. c) regelt die verpflichtende Einführung eines Netzkopplungskontos zwischen den WNB an ihren Netzkopplungspunkten. Die generelle Einrichtung von Netzkopplungskonten führt zu einer Einschränkung der für die Reaktionsmöglichkeit bei der Steuerung des Wasserstoffnetzes zwingend erforderlichen Flexibilität der WNB bei der operativen Abwicklung des Wasserstofftransportes, da damit technische Mindestanforderungen an den Netzkopplungspunkten definiert werden würden. Im Erdgasbereich erfolgt die Zusammenarbeit der Netzbetreiber auf nationaler Ebene bereits jetzt ohne die Nutzung von Netzkopplungskonten. Die FNB würden es daher begrüßen, wenn die Einrichtung eines Netzkopplungskontos innerdeutsch nicht verpflichtend vorgeschrieben würde.

Tenziffer 8 Vorverträge

Die FNB stimmen zu, dass WaKandA eine Pflicht zur Anpassung von Bestandsverträgen enthalten muss. Konsequenterweise sollte diese Pflicht auch in der Festlegung WasABi implementiert werden. Eine Umstellung zum 01.10.2026 wird von den FNB allerdings nicht gestützt, da eine Standardisierung der Ein- und Ausspeiseverträge bis zu diesem Datum kaum gelingen wird – insbesondere nicht in der von den FNB empfohlenen intensiven Einbeziehung wertschöpfungsübergreifender Marktteilnehmer, welche im KoV-Verfahren durch das weite Netzwerk von BDEW, VKU und GEODE, begleitet durch einen Marktdialog, ermöglicht werden könnte. Dass eine zeitlich nachgelagerte Standardisierung kein Problem sei, wie es die BNetzA in Randziffer (51) ausführt, wird von den FNB ausdrücklich nicht gestützt. Viele Prozesse und Mechanismen aus WasABi und WaKandA müssen nach der Festlegung ausgearbeitet und im Rahmen der KoV abgestimmt und implementiert werden. Eine vorzeitige Übertragung in bestehende Verträge ist demnach nicht zielführend. Die FNB werden gemeinsam mit dem BDEW, VKU und GEODE ein Konzept einschließlich Zeitplan für die KoV-Erstellung vorlegen. Die Empfehlung der FNB bleibt, die Anpassungspflicht für Bestandsverträge an diesen Zeitplan und das Inkrafttreten der KoV zu knüpfen. Im übrigen verweisen wir auf unsere Kommentierung zum Inkrafttreten der Regelungen gem. Tenziffer 10.

Tenziffer 9 Berichts- und Evaluierungspflichten

Die FNB empfehlen, die WTNB als marktgebietsaufspannende Netzbetreiber mit der Berichts- und Evaluierungspflicht gemäß Tenziffer 9 lit. a) und lit. b) zu beauftragen.

Eine Frist für Berichts- und Evaluierungspflichten von WaKandA zum 01.02. eines jeden Jahres halten die FNB ebenso für zu kurz wie die gleichlautende Frist von WasABi. Gemäß Tenorziffer 4 lit. b) sublit. aa) haben Jahreskapazitätsprodukte eine Laufzeit vom 01.01. bis 31.12.. Hierdurch ist das Wasserstoff-Wirtschaftsjahr definiert, sodass für die Berichtserstellung faktisch nur ein Monat Zeit bleibt, in dem Daten gesichtet, ausgewertet, aufbereitet werden müssen sowie eine Abstimmung zwischen allen WNB für einen gemeinsamen Bericht erfolgen muss. Dies würde einen enormen Kraftakt darstellen. Hierbei ist auch die Urlaubszeit (ein Feiertag und Schulferien) zu berücksichtigen, welche in die von der BNetzA vorgeschlagenen Frist fallen würde. Zwar erkennen die FNB die Wichtigkeit der Berichts- und Evaluierungspflichten insbesondere vor dem Hintergrund eines angestrebten „lernenden Systems“ an, empfehlen jedoch die Frist aus o. g. Gründen zu erweitern. Um die Möglichkeit einer gemeinsamen Abgabe der Berichte zu WasABi und WaKandA, wie von der BNetzA vorgeschlagen, aufrecht erhalten zu können und da die Berichts- und Evaluierungspflichten gem. Tenorziffer 9 WasABi noch deutlich umfangreicher im Vergleich zu diesen aus WaKandA sind, empfehlen die FNB die Fristen für beide Festlegungen auf den 01.04. eines jeden Jahres zu verschieben.

Tenziffer 10 Inkrafttreten der Regelungen

Die FNB begrüßen, dass das von der BNetzA mit den Festlegungsentwürfen WasABi und WaKandA vorgelegte Marktdesign grundsätzlich als ein auf einen liquiden Markt ausgerichtetes Zielmodell ausgelegt ist, auch wenn – wie im Marktdialog auch von der BNetzA vorgetragen – im Hochlauf voraussichtlich Anpassungen an den Festlegungen notwendig sein werden.

Die Anwendung der genannten Festlegungen zum 01.10.2026 halten die FNB allerdings aus folgenden Gründen für nicht umsetzbar und schlagen deshalb eine Anwendung zum 01.01.2028 vor:

- Laut Medienberichten verzögert sich der Markthochlauf gerade für die Jahre 2026 und 2027 teils erheblich. Die Anzahl der Projekte, die tatsächlich bereits vor 2028 in Betrieb gehen, ist damit aus aktueller Sicht überschaubar. Diese Projekte dürften – wie beispielsweise GET H2 – bereits über Regelungen für die Umsetzung verfügen, so dass keine Notwendigkeit für die Standardisierung vor 2028 zu erkennen ist.
- Der Umsetzungszeitpunkt sollte sich am Beginn des Jahreskapazitätsproduktes im Wasserstoff orientieren, also auf einen 01.01. eines Jahres fallen.
- Die Umsetzung aller Regelungen und Pflichten aus WasABi und WaKandA ist aufgrund der sehr hohen Komplexität der Prozesse, der vielen Abstimmungsnotwendigkeiten und der vielen Abhängigkeiten in den Prozessen vor dem 01.01.2028 unrealistisch. Eine Implementierung plus Testphasen der notwendigen IT-Systeme (insbesondere Kapazitätsbuchungsplattform, IT-Systeme für WNB- und Kundenprozesse und Data Hub) ist in diesem Zeitraum daher nicht zu schaffen (siehe auch Kommentierung zu Tenorziffer 4 lit. e) sublit. bb) WaKandA sowie Tenorziffer 6 lit. f) WasABi).
- Die weitere Ausarbeitung der Prozesse und Regelungen der Festlegungen einschließlich der ausdrücklich adressierten Konzepte sollte in einem gestuften Verfahren – d. h. sukzessive Fixierung von Konzepten und Prozessen sowie anschließend Überführung in

Vertragstexte – über den KoV-Prozess unter Einbeziehung von Marktbeteiligten („Marktdialog“) sowie in enger Abstimmung mit der BNetzA organisiert werden. Die Implementierung der IT-Systeme und die Entwicklung der KoV Wasserstoff können zwar teilweise parallel angegangen werden, jedoch nicht völlig unabhängig voneinander.

- Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, für die Umsetzung der Festlegungen sowie eine erste KoV Wasserstoff ein gemeinsames Zieldatum vorzusehen. Die finalen Dokumente der KoV müssen dabei allerdings einige Monate vor deren Inkrafttreten veröffentlicht werden, damit sich die Marktparteien darauf einstellen können.
- Neben den standardisierten Vertragsregelungen zwischen WNB und Transportkunden sowie zwischen Marktgebietsverantwortlichem und BKV sind in der KoV Wasserstoff zusätzlich auch Vereinbarungen für die Abwicklung zwischen den beteiligten WNB zur Abbildung des Entry/Exit-Modells als netzbetreiberübergreifendes Zweivertragsmodell zu treffen.

Vor dem Hintergrund der genannten Punkte sollte die Anwendung sowohl der WasABi- als auch der WaKandA-Festlegung inklusive der Prozesse auf den 01.01.2028 (mit einer Testphase in 2027) gelegt werden. Darüber hinaus sollte die Anwendungsfrist mit der Anpassungspflicht für Bestandsverträge entsprechend harmonisiert sein, welche für den 01.10.2026 nach der o. g. Ausführungen zu Tenorziffer 8 der FNB nicht gestützt wird.

Marktteilnehmer haben u. a. auch im Marktdialog der BNetzA am 20.02.2025 deutlich gemacht, dass sie für finale Investitionsentscheidungen Kapazitätszusagen der WNB deutlich vor 2028 benötigen, was nachvollziehbar und weiterhin möglich ist.